S 6 AL 274/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	8
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 6 AL 274/02
Datum	09.09.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 AL 405/04
Datum	20.05.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 9. September 2004 wird zurückgewiesen.
- II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Bewilligung von Arbeitslosengeld (Alg) bzw. Arbeitslosenhilfe (Alhi) streitig.

Der am 1964 geborene Kläger bezog bis zum 26.11.2000 Alhi. Mit Veränderungsanzeige vom 20.11.2000 meldete er sich wegen "JVA A." ab 27.11.2000 aus dem Leistungsbezug ab. Am 07.06.2002 meldete er sich arbeitslos und beantragte Alhi. Nach der Arbeitsbescheinigung der JVA K. war der Kläger dort vom 03.04. bis 28.06.2001, vom 01.07. bis 13.07.2001 und vom 26.03. bis 15.04.2002 als Gefangener beitragspflichtig beschäftigt.

Mit Bescheid vom 18.06.2002 lehnte die Beklagte die Bewilligung von Alhi ab, da der Kläger innerhalb des letzten Jahres vor der Arbeitslosmeldung kein Alg

bezogen habe. Mit dem Widerspruch machte der Kläger geltend, dass er in den Jahren A. und K. nur die Möglichkeit gehabt habe, furfnf Monate zu arbeiten und deshalb nicht die erforderlichen 12 Monate für den Alg-Bezug habe erreichen können. Er beantrage deshalb, die zuvor bezogene Alhi wieder zu bewilligen. Mit Widerspruchsbescheid vom 05.09.2002 wies die Beklagte den Widerspruch als unbegründet zurück. Nach [ 136 Satz 1 Nr.2](#) Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) erlösche ein Anspruch auf Alhi, wenn seit dem letzten Tag des Bezugs von Alhi ein Jahr vergangen sei. Diese Frist verlängere sich, wenn einer der in [ 196 Satz 2 Nrn.1 bis 5 SGB III](#) genannten Tatbestände in der Jahresfrist vorgelegen habe. Nachdem der 26.11.2000, der Tag, für den der Kläger letztmals Alhi bezogen habe, bei der Antragstellung am 07.06.2002 länger als ein Jahr zuruckgelegen habe und auch kein Tatbestand vorgelegen habe, der zur Verlängerung der Jahresfrist führe, könne die Alhi auf Grund des früheren Anspruchs nicht mehr bewilligt werden. Für einen neuen Anspruch auf Alhi sei nach [ 190 Abs.1 Nr.4 SGB III](#) Voraussetzung, dass der Arbeitslose innerhalb der Jahresfrist vor der Arbeitslosmeldung wenigstens für einen Tag Alg bezogen habe. Dabei könne auch diese Jahresfrist sowie die Frist nach [ 196 Satz 1 Nr.2 SGB III](#) bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen verlängert werden. Weil eine solche Fristverlängerung hier nicht in Betracht komme und der Kläger innerhalb der möglichen Jahresfrist vom 07.06.2001 bis 06.06.2002 kein Alg bezogen habe, sei auch ein neuer Anspruch auf Alhi nicht entstanden. Einen Anspruch auf Alg habe sich der Kläger unbestritten ebenfalls nicht erworben, weil er in der dreijährigen Rahmenfrist vor der Arbeitslosmeldung nicht mindestens 12 Monate versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sei.

Zur Begründung der Klage hat der Kläger ausgeführt, er möchte wieder in seinen "alten Stand" (Alhi-Bezug) gehoben werden. Er sei unverschuldet herausgenommen worden. Durch den Bezug von Alhi würde er eine bessere Möglichkeit sehen, wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden. Deshalb bitte er um Verlängerung der Frist.

Mit Urteil vom 09.09.2004 hat das Sozialgericht (SG) die Klage abgewiesen und gemäß [ 136 Abs.3](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) auf die Ausführungen der Beklagten in den angefochtenen Bescheiden verwiesen.

Zur Begründung der Berufung weist der Kläger erneut darauf hin, dass es ihm trotz vorhandenen Arbeitswillens nicht möglich gewesen sei, die volle Beschäftigungszeit zu erreichen. Es sei nicht seine Schuld, dass er die Anwartschaftszeiten nicht erfüllt habe.

Der Kläger beantragt sinngemäß,

das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 09.09.2004 sowie den Bescheid vom 18.06.2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 05.09.2002 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm ab 07.06.2002 Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe zu bewilligen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÃ¼ckzuweisen.

Sie vertritt weiterhin die Auffassung, dass die wÃ¤hrend einer Haft fÃ¼r einen Anspruch auf Alg zu berÃ¼cksichtigenden Zeiten sich allein an einer tatsÃ¤chlich ausgeÃ¼bten TÃ¤tigkeit als Gefangener orientieren wÃ¼rden. Es genÃ¼ge daher nicht, seine Arbeitskraft wÃ¤hrend der Haftzeit der Haftanstalt zur VerfÃ¼gung zu stellen oder TÃ¤tigkeiten auf Grund von Erkrankungen objektiv nicht ausÃ¼ben zu kÃ¶nnen.

Zur ErgÃ¤nzung des Tatbestandes wird im Ãbrigen auf den Inhalt der Verwaltungsunterlagen der Beklagten und der Verfahrensakten beider RechtszÃ¼ge Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¼nde:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulÃ¤ssig ([Ã 143, 151 SGG](#)), ein AusschlieÃungsgrund ([Ã 144 Abs.1 SGG](#)) liegt nicht vor.

In der Sache erweist sich das Rechtsmittel als unbegrÃ¼ndet.

Zu Recht hat das SG Landshut mit Urteil vom 09.09.2004 die Klage abgewiesen, da der Bescheid der Beklagten vom 18.06.2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 05.09.2002 nicht zu beanstanden ist.

Denn der KlÃ¤ger hat weder einen Anspruch auf die Bewilligung von Alg, noch einen solchen auf Alhi. Unstreitig hat er keinen Anspruch auf Alg erworben, da er innerhalb der dreijÃ¤hrigen Rahmenfrist vor der Arbeitslosmeldung am 07.06.2002 nicht mindestens 12 Monate versicherungspflichtig beschÃ¤ftigt war. Der KlÃ¤ger hat auch keinen Anspruch auf Alhi. Weder hat er durch seine BeschÃ¤ftigung als Gefangener wÃ¤hrend seiner Haft einen neuen Anspruch erworben, noch kann er aus seinem frÃ¼heren Anspruch auf Alhi die Weiterzahlung der Leistung geltend machen.

Denn nach der Arbeitsbescheinigung der JVA K. war der KlÃ¤ger "lediglich" vom 03.04. bis 28.06.2001, vom 01.07. bis 13.07.2001 und vom 26.03. bis 15.04.2002 als Gefangener beitragspflichtig beschÃ¤ftigt. Nicht berÃ¼cksichtigt werden kann das Vorbringen des KlÃ¤gers, dass er "schuldlos" wÃ¤hrend seiner Inhaftierung nicht habe lÃ¤nger arbeiten kÃ¶nnen. Denn die wÃ¤hrend einer Haft zu berÃ¼cksichtigenden Zeiten orientieren sich allein an der tatsÃ¤chlich ausgeÃ¼bten TÃ¤tigkeit als Gefangener. Der frÃ¼here Anspruch des KlÃ¤gers ist gemÃ¤Ã [Ã 196 SGB III](#) nach Ablauf eines Jahres seit dem letzten Tag des Bezugs von Alhi erloschen. Die Frist verlÃ¤ngert sich, wenn einer der in [Ã 196 Satz 2 Nrn.1 bis 5 SGB III](#) genannten TatbestÃ¤nde (Arbeitslosigkeit bei fehlender BedÃ¼rftigkeit, selbstÃ¤ndige TÃ¤tigkeit, Kindererziehung, Bezug von Unterhaltsgeld oder Ãbergangsgeld) in der Jahresfrist vorgelegen haben. Diese TatbestÃ¤nde liegen beim KlÃ¤ger erkennbar nicht vor. Nachdem der 26.11.2000, der Tag, fÃ¼r den der KlÃ¤ger letztmalig Alhi bezogen hat, bei der Antragstellung am 07.06.2002 lÃ¤nger als ein Jahr zurÃ¼cklag, kann die Alhi auf Grund des

früheren Anspruchs nicht mehr bewilligt werden.

Somit war die Berufung des Klägers gegen das Urteil des SG Landshut vom 09.09.2004 zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision gem. [Â§ 160 Abs.2 Nrn.1](#) und [2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 29.08.2005

Zuletzt verändert am: 22.12.2024